

[28.03.2009 | Pressemitteilung]

Mitgliederversammlung von SÜDWIND unterstützt Proteste

Köln, 28.03.2008: Unter dem Motto »Wir wollen nicht für Eure Krise bezahlen!« haben heute in Berlin, Frankfurt und London Zehntausende Menschen für mehr staatliche Regulierung im Finanzsektor demonstriert. Zudem forderten sie einen Umgang mit der Wirtschaftskrise, der die Interessen der Armen in den Mittelpunkt stellt. Bei der heutigen Mitgliederversammlung unterstützte SÜDWIND diese Forderungen an die Staats- und Regierungschefs der G-20, die am kommenden Donnerstag über Lösungen für die globale Wirtschaftskrise entscheiden werden. Das Institut fordert, dass eine nachhaltige Entwicklung, der Kampf gegen Armut und ein ökologischer Umbau des Wirtschaftssystems die Leitmotive der anstehenden politischen Entscheidungen bilden.

In allen Themenfeldern, mit denen sich SÜDWIND beschäftigt, sind die Auswirkungen der Finanzmarktkrise deutlich zu spüren. Die Länder mit niedrigem Einkommen sind von ihr besonders betroffen. Durch den Druck der internationalen Finanzinstitutionen, und hier vor allem des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, mussten sie jahrelang ihre Wirtschafts- und Finanzsysteme liberalisieren. Dies verstärkte deren Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung in den reichen Ländern. Deren Nachfrage nach billigen Produkten sinkt dramatisch und zudem fallen die Rohstoffpreise in den Keller. Auch andere Einkommensquellen wie die Rücküberweisungen von im Ausland arbeitenden Familienangehörigen sinken und Kürzungen der Entwicklungshilfe drohen.

»Damit rückt nicht nur die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele in weite Ferne, die Armut droht sogar dramatisch zu steigen«, so Dr. Pedro Morazán von SÜDWIND.

Viele Menschen insbesondere in Entwicklungsländern arbeiten schon heute unter äußerst prekären Bedingungen. Infolge der Krise verlieren nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nation (ILO) Millionen Beschäftigte weltweit ihren Arbeitsplatz. Andere leiden unter massiven Lohnkürzungen. Die Zahl der Armen wird dadurch weiter steigen.

»Der Ausweg aus der Krise kann keinesfalls die Wiederherstellung der Situation vor der Krise sein. Die Liberalisierungspolitik der Internationalen Finanzinstitutionen und der Welthandelsorganisation sind gescheitert. Was wir brauchen ist ein grundlegender Umbau der Weltwirtschaft. Bei einem solchen Neuanfang darf auch die Infragestellung dieser Institutionen, ihrer internen Entscheidungsstrukturen und ihrer neoliberalen Ideologie kein Tabu sein«, so Morazán.

SÜDWIND fordert, dass die Bundesregierung und die G-20 die Empfehlungen einer UN-Kommission unter Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz aufnehmen:

- Kurzfristige Maßnahmen und die Mobilisierung von zusätzlichen Finanzressourcen müssen vor allem die armen Menschen in den Entwicklungsländern im Fokus haben.
- Langfristige Maßnahmen müssen die Herstellung eines nachhaltigen und gerechten Wachstums, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Herausforderungen des Klimawandels und die Millennium Entwicklungsziele in den Mittelpunkt stellen.
- Die Entscheidungen über den Umbau der Weltwirtschaft dürfen nicht innerhalb der G-8 oder G-20 fallen, sondern müssen im Rahmen der Vereinten Nationen gefunden werden.